

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Stadtzeitung Riesaer Tageblatt Nr. 20.

Buchdruckerei: Leipzig 21204.
Girokonto: Riesa Nr. 22.

Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 126.

Donnerstag, 3. Juni 1920, abends.

73. Jahrg.

Fleischversorgung in der Woche vom 31. Mai—6. Juni 1920.

Auf die Reichsfleischorte Reihe R erhalten auf die Marken 1—10 bei 1—5

1. bei den Fleischern der Schlachttore Großenhain, Riesa, Gröba und Werschwind:

Personen über 6 Jahre bis 100 gr Schweinefleisch und bis 80 gr amerikanischen Speck,

Personen unter 6 Jahre bis 50 gr Schweinefleisch und bis 40 gr amerikanischen Speck.

2. bei den Fleischern der Schlachttore Niederschönau:

Personen über 6 Jahre bis 100 gr Schweinefleisch und bis 80 gr Rind- oder Kalbfleisch,

Personen unter 6 Jahre bis 50 gr Schweinefleisch und bis 40 gr Rind- oder Kalbfleisch,

3. bei den Fleischern der Schlachttore Lampertswalde:

Personen über 6 Jahre bis 100 gr Rindfleisch u. bis 80 gr amerikanischen Speck,

Personen unter 6 Jahre bis 50 gr Rindfleisch u. bis 40 gr amerikanischen Speck.

Der Preis beträgt bei	
Rindfleisch	3,90 M.
Kalbfleisch	4.— M.
Schweinefleisch	9,16 M.
amerikan. Speck	11,75 M.

Großenhain, am 1. Juni 1920.

571 a V. Die Amtshauptmannschaft.

Reichstagswahl in Gröba.

Mit Rücksicht auf die hohen damit verbundenen Kosten haben wir davon abgesehen, jedem Wähler für die am 8. Juni stattfindende Reichstagswahl einen besonderen Ausweis auszustellen. Wir ersuchen aber die Wähler, wenn sie zur Wahl gehen, ein Legitimationspapier (Trägerin, Militärpass und dergl.) mitnehmen zu wollen, damit sie sich nötigenfalls dem Wahlvorstand gegenüber über ihre Rechte aufstellen können.

Diesen Wählern, die nach dem 1. Mai 1920 in der Gemeinde Gröba umgezogen sind, müssen in dem Wahlbezirk wählen, in dem sie vor dem 1. Mai 1920 gewohnt haben. Gröba (Elbe), am 2. Juni 1920. Der Gemeindevorstand.

Vertisches und Sächsisches.

Riesa, den 3. Juni 1920.

* Wahlversammlung der Deutschen Nationalen Volkspartei. Im Hotel Döpner wurde gestern abend in einer von der Deutschen Nationalen Volkspartei einberufenen, sehr gut besuchten Versammlung Herr Reichstagskandidat Dr. F. Reichert. Redner gab zu Beginn seiner Ansprüchen einen kurzen Überblick über seinen bisherigen Lebenslauf. Darnach stammte Dr. Reichert aus den Kreisen des Kleinstädtischen Mittelstandes. Er ist das achte von elf Kindern. Sein Vater betrieb neben der Gastwirtschaft die Landwirtschaft. Er ist achtzig aus Vorberg in Baden. Bis zum 12. Jahre befand er die Volksschule, dann die Gymnasien in Wertheim und Mannheim, studierte Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft auf den Universitäten Heidelberg, München, St. Petersburg und Berlin. Nach Abschluss des Studiums wurde Dr. Reichert zunächst wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, später Sonderkonsulent des Handelskammer in Duisburg am Niederrhein. In dieser Stellung lernte Dr. R. nicht nur die verschiedensten Zweige der Großindustrie und des Großhandels kennen, sondern auch die Sorgen des städtischen Mittelstandes, namentlich des Kleinhandels. Nach langjähriger Tätigkeit in dieser Stellung wurde Dr. R. nach Berlin berufen, um die Leitung von wirtschaftspolitischen Verbänden der Industrie zu übernehmen. Unmittelbar nach Kriegsbeginn übertrug ihm die Regierung die Exporthandelskontrolle für Eisen- und Stahlzeugnisse aller Art. In dieser Tätigkeit hatte er ebenfalls mit Ausübungen der Industrie, wie des Handels, und zwar namentlich des industriellen Sachsen, zu tun. Zu seiner Tätigkeit in industriellen, Mittelstands-, Handels- und allgemeinen Wirtschaftsfragen ist schon vor der Revolution seine besondere Bekanntheit mit Fragen der Arbeitspolitik getreten. Er gehörte zu den hervorragendsten Befürwortern der Vereinigung zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen Deutschlands, wie sie in der schon vor der Revolution gegründeten Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands bestanden hat. In das allgemeine politische Leben ist Dr. R. im Dezember 1918 eingetreten. Dr. R. ist bei der Wahl zur Nationalversammlung als deutschnationale Kandidat in der Provinz Sachsen aufgetreten. — Hierauf kam Redner auf die am Abend vorher stattgefundenen Verhandlungen der Unabhängigen zu sprechen. Es sei dort mit den alten Schlagworten vom Kapitalismus, Militarismus, von der Ausbeutung der Arbeiter usw. gearbeitet worden. Frage man die Leute, was denn nun heute besser geworden sei, so werde geantwortet, der Krieg sei schuld an unserem Elend. In Wirklichkeit habe die Revolution auf allen wirtschaftlichen Gebieten nicht besseres, sondern verschlechternd gewirkt. Die geringe Produktion an Waren und Rohstoffen habe bei der starken Nachfrage notwendigerweise die Preise steigen lassen. Das Bild, das die finanzielle Wirtschaft gegenwärtig bietet, sei auch kein besseres. Die Schuldenlast des Reiches und des Papiergeldumlaufs seien bedeutend gestiegen. Und während die Mobilisierung 2 Milliarden Kosten verursacht habe, hätte die Demobilisierung, trotzdem erhebliche Vorräte aufgetauten seien, 17 Milliarden verschlungen. Beim Verkauf der Worräte seien Abschlüsse auf ganz unglaubliche Weise zustande gekommen. Der Wert der deutschen Mark, die bei Beendigung des Krieges noch 50 Pf. im Auslande gepolten habe, sei während der Revolution bis auf 4 Pf. gesunken. Nach dem Kriege sei Deutschland infolge des Friedensvertrages und in Folge unzureichender Wirtschaftslage zum Spielball des Auslands geworden. Wenn die Sozialdemokratie in ihren Fliegblättern als Schuld den „Kriegsgegnern“ zuschreibe, worum würden denn für die jüngsten Verhältnisse nicht die Männer verantwortlich gemacht, die jetzt regieren? Wer regieren wolle, habe auch, ob er wolle oder nicht, die Verantwortung zu tragen. Wenn sie die Verantwortung ablehnen, dann zeigten sie, daß sie nicht mehr die Macht in Händen hätten, und dann müßten sie abtreten. Der ehrliche Wille allein genüge nicht, sondern man müsse auch durch die Leistung zeigen, daß man der richtige Mann sei. Wenn gefragt werde, daß die Revolutionsgesetzgebung einen Trümmerhaufen übernommen habe, so müsse man fragen, sei dieser Trümmerhaufen jetzt kleiner geworden? Das stark geschwächte Reich sei unter der Revolution weiter geschwächtet, der Trümmerhaufen sei vergrößert worden. In der Versammlung der Unabhängigen sei gefragt worden, die alten Zustände seien unerträglich gewesen. In dem Deutschland vor dem Kriege aber sei die Industrie zu solcher Blüte gelangt, daß nicht nur die Auswanderung gleich Null gewesen sei, sondern daß wie auch noch Hunderttausende von freien Arbeitkräften hätten herangehen müssen. Die Mobilmachung und der Mobilstand des Reiches i dem Kaiserreich zu erkennen. Wie ditten die ordnungs-

hätten durch die Bank eine solche Stufe erreicht gehabt, daß uns darum die ganze Welt beneidet habe. Ferner sei in der Versammlung der Unabhängigen auch wieder behauptet worden, daß Kapitalismus Ausbeutung sei. Marx selbst aber habe gesagt, daß Kapital ebenso notwendig sei wie Arbeit und daß es verkehrt sei, den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel anzutreten. Statt Reichtum und Wohlstand, den Marx für die Auswaltung des Kapitalismus vorausgesetzt habe, sei heute das gerade Gegenteil vorhanden, nämlich Armut. Wenn man Sozialisieren wolle, sollte man die Sache nicht so machen, daß man nur den äußeren Rahmen verändere, sondern es müsse ein jeder so erzogen sein, daß er freiwillig voll und ganz seine Pflicht erfülle. Disziplin, Fleiß und Willkürfüllung seien in den heutigen sozialisierten Betrieben aber nicht vorhanden. Notwendig sei ein Arbeitsstreben, die Bekämpfung des Terrors. Der Sozialismus glaubte, das Christentum sei zu entbehren. Er habe aber nicht die einzige und vererbte Kraft auf das Volk wie das Christentum, das sich als eine staatsverhaltende Kraft gezeigt habe. Redner kam dann auf den Kapp-Putsch zu sprechen, an dem die Deutschen Nationalen Volkspartei keine Schuld habe. Scheidemann habe dabei gezeigt, daß ohne die Putschisten der Unten, es keinen Kapp-Putsch geben hätte. Die Regierung sei selbst schuld daran, daß sie nicht genügend Sicherheit für sich und für den Staat schaffen könne. Die Unabhängigen hätten in ihrer Versammlung ja erklärt, daß sie nicht nur mit dem Stimmzettel, sondern auch mit Machtmittel kämpfen wollten. Es werde von ihnen also angegeben, daß auch sie ohne Waffe nicht auskommen würden. Die Regierung habe es nicht verstanden, sich eine Macht zu schaffen, vor allem ein Heer, das frei von Politik gewesen sei. Gegenüber den Behauptungen der Unabhängigen hielt Redner nachzuweisen, daß auch unter den alten Verhältnissen den Angehörigen der unteren Stände der Aufstieg möglich und der Zugang zu den Kulturgütern nicht verschlossen gewesen sei. Eine wirklich soziale Politik müsse daran denken, daß zu einem sozialen Staatswesen hoch und niedrig geboren und daß niemand bevorzugt werden dürfe. Die jetzige Politik aber bevorzugt einseitig einzelne Schichten. Es muß barnach gestrebt werden, daß möglichst viele selbständige Existenz im Staate leben könnten. Die Deutschen Nationalen seien für Aufhebung der Zwangsarbeit, wenn sie auch nicht wollten, daß diese von heute auf morgen beendet werde. Die besten Freunde seien die gewesen, in denen eine ehrliche Wirtschaft gelehrt habe. Gegenwärtig hätten wie in Deutschland auch keine Demokratie, sondern eine Diktatur Regiert. Redner trat für die Arbeitsgemeinschaft ein, die von den Unabhängigen sabotiert wurde, die den Klassekampf schwärzt. Keine Partei, außer der Deutschen Nationalen, versuche, ohne die Juden auszutreiben. Trotzdem die Internationale verfangt habe, lege man auch jetzt noch die Hoffnung auf den Gedanken der Wohlverfügbarkeit, der sich nicht werde verwirklichen lassen. Die so wichtige Frage der Arbeitslosen hätte sich schon nach Kriegsende besser regeln lassen, wenn man sich dazu hätte entschließen können, die Arbeitslosen dort zu beschäftigen, wo Arbeitsmangel gewesen sei. Redner schloß, indem er betonte, daß die Deutschen Nationalen Partei nicht bedachtige, das alte wieder auszurichten. Das Kaiserreich sei für sie nicht das Ende. Die Partei sei keine Klassepartei wie die Sozialdemokratie. Sie wolle für die Arbeiter sorgen in der Arbeitsgemeinschaft. Aber es müsse für alle Wirtschaftskreise georgt werden. Nur wenn jeder weiß, daß seine Interessen gewahrt werden, werde Ruhe eintreten. Wenn wir sagten, daß wir einig seien, würden wir auch im Ausland wieder mehr Ansehen genießen. Der Vortragende erntete lebhafte Beifall. — Eine Aussprache fand nicht statt. Die Versammlung erreichte 7,10 Uhr ihr Ende.

* Einzug der Landessicherheitspolizei in ihre Dienstorte. In den nächsten Wochen werden die zur Zeit noch zur polizeilichen Ausbildung auf den Lebungsplätzen befindlichen Teile der neuen Landessicherheitspolizei in verschiedenen Städten unseres Sachsenlandes ihren Einzug halten. Wie möchten zuvor noch einmal die Bevölkerung kurz über Zweck und Aufgaben sowie über äußere Kennzeichen der Landessicherheitspolizei unterrichten. Die Landessicherheitspolizei ist geschaffen worden, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten sowie Regierung und Verfassung schützen zu helfen. Sie hat damit eine schwere Aufgabe zu erfüllen, die sie Hand in Hand mit der örtlichen Polizei und zu deren Unterstützung durchzuführen soll. Die Landessicherheitspolizei ist kein Militär, wie in der Presse schon wiederholt bei Schilderung einzelner Fälle politischen Ereignisses gefragt worden ist, sondern, wie ihr Name schon sagt, eine rein politische Einrichtung. Darauf ist auch ihr ganzer Dienstbetrieb zugeschnitten, der lediglich politischen Aufgaben gilt. — Neuerlich sind die Beamten der Sicherheitspolizei an der graugrünen Jägeruniform und

leidende und bekennende Bevölkerung, der neuen Polizei volles Vertrauen entgegenzubringen und sie in ihrer schweren Aufgabe zu unterstützen.

* Die Zusammenstellung der Landessicherheitspolizei. Die Landessicherheitspolizei hat soeben eine zahlreiche Zusammensetzung der Berufsfreiheit vorgenommen, aus denen die Angehörigen dieser Polizeitruppe kommen. Daran ergriff sich, daß von den 3197 Beamten nach dem Stande von Anfang Mai 214 ehemalige Arbeitnehmer waren; das sind 7%. Ferner waren 541 ehemalige Kaufleute, 41 frühere Beamte und 401 Friedenskapitulanten (ehemalige Unteroffiziere), die ebenfalls zum größten Teile aus einfachen Volkskreisen kamen. Unter den Arbeitern sind gelernte und ungelernte, unter den Kaufleuten auch Architekten, Buchhändler, Schneider und Schreiber, sodass in der Tat alle Kreise der werktätigen Bevölkerung in der L.S.P. vertreten sind. Es ist anzunehmen, daß mit dem Verhältnis werden dieser Tatsachen der Kritik, die da und dort noch gegen die L.S.P. wegen ihrer angeblichen Zusammenziehung erhoben wird. Abgesehen davon, daß die L.S.P. beim Kapp-Putsch am 12. März teilnahm, und ohne Schwierigkeiten die Regierung und Verfassung attackiert hat, beweisen auch die hiermit mitgeteilten Ziffern, daß die L.S.P. von Seiten der gesamten Bevölkerung das Vertrauen unbedingt nötig hat.

* Die Dresdenner Gewerkscholen beim Ministerpräsidenten. Eine Demonstration der Gewerkscholen fand am Mittwoch, den 2. Juni statt und endete gegen 7,10 Uhr vor dem Ministerialgebäude. Der Ministerpräsident empfing eine von ihnen abgesetzte Deputation von sechs Männern. Zu etwa zweihundert Auszubildenden wurde den Abgeordneten Gelegenheit gegeben, die Wünsche und Anliegen der Gewerkscholen vorzutragen und zu begründen, worauf der Ministerpräsident in längerer Rede auf die vorgebrachten Ausführungen im Einzelnen einging. Den Hauptpunkt hatte die Deputation auf die Förderung der Arbeitsvermittlung und auf eine bessere Regelung des Arbeitsmarktes gelegt. Der Ministerpräsident versprach, das Tatsachenmaterial durch die zur Zeit auf Wahlkursen befindlichen zuständigen Minister prüfen zu lassen. Er erklärte ausdrücklich, seine Versprechungen machen zu wollen, dagegen bereit zu sein, alles das, was irgend zu Gunsten der Gewerkscholen durchführbar ist, auch ausführen zu lassen. Die Vertreter der Gewerkscholen erklärten sich damit einverstanden. Zum Schluß ging der Ministerpräsident zu den wartenden Demonstranten hinunter und drückte von der Treppe des Ministerialgebäudes aus einer Ansprache, in der er den Verlauf der eben stattgefundenen Verhandlung schilderte und anländigte, bei passender Gelegenheit in einer Versammlung der Gewerkscholen zu kommen, um sich über ihre Wünsche und Anliegen noch einmal unmittelbar zu unterrichten. Er hätte es nur deshalb unterlassen, in die lebige Gewerkscholerveranstaltung zu kommen, um sich den Vorwurf zu ersparen, die Versammlung zu Wahlzwecken auszunutzen. Manches sei durch die heutige Aussprache geklärt, und er hoffe, daß insoweit der Durchführung der vorgebrachten Verordnung die Zahl der Gewerkscholen recht bald erheblich abnehmen und das Wirtschaftsleben aus neuer Erblühen werde. Im Anschluß an die Rede des Ministerpräsidenten berichtete der Führer der Gewerkscholen Alfred Krause, den versammelten Demonstranten keinerlei über den Gang der vorangegangenen Verhandlungen, woran der Demonstrationszug in Ruhe auseinanderging.

* Die sächsischen Eisenbahnbetriebsratswahlen. Die Betriebsräteversammlungen im Bereich der sächsischen Staatsseisenbahnen hatten das Ergebnis, daß die Liste der sozialistischen Gewerkschaften zum Hauptbetriebsrat 23 002 Stimmen (19 Sitz) die Liste der christlichen Gewerkschaften 2992 Stimmen (2 Sitz) erhielten. Gegen 9000 Wahlberechtigte übten ihr Wahlrecht nicht aus. Die Beamten und Beamtenwähler haben, weil sie nicht unter das Betriebsrätegesetz fallen, ebenfalls nicht mit gestimmt. — * Die 11. ordentliche Landessynode der sächsischen ev.-luth. Landeskirche, zu der am 1. Juni die Wahlen nach dem neuen Wahlrecht in allen Teilen des Landes stattgefunden haben, wird vornehmlich, wie die sächs. Auskunftsstelle hört, in den nächsten Wochen zu einer kurzen Tagung zusammengetreten. Dabei würde es sich zunächst im wesentlichen nur um die Konstituierung der Synode und die Bildung der Ausschüsse handeln können, während die eigentliche Arbeit in der Synode erst im Herbst einzusetzen dürfte, nachdem umfangreiche Auskunftsberatungen über die neuen Vorlagen der Synode vorangegangen sind. Als erster Teil des Verfassungswerkes liegt der Entwurf einer neuen Kirchengemeindeordnung vor, der in den nächsten Tagen vor-

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Redaktion und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Umgebaute: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nr. 126.

Donnerstag, 3. Juni 1920, abends.

73. Jahrg.

Die wirtschaftliche Zukunft der Deutschen in Polen.

Der Versailler Vergewaltigungsvertrag hat das Schicksal von Millionen deutscher Bürger und Bauern gegen ihren Wunsch und Willen an das ungünstige Schicksal des polnischen Staates gelegt. Neben weiteren Abstimmungen entschieden werden. Obwohl inzwischen längst feststeht, daß auch die wirtschaftlichen Zustände in dem neuerrichteten Polenreiche keineswegs gelungen sind, irgendwie die Schmach nach diesem Lande zu werden, wird doch noch immer verdeckt, einsichtlose Deutsche in den Abstimmungsgebieten durch Versprechungen auf wirtschaftliche Vorteile im Polenreiche an der Abstimmung der Stimme für Deutschland zu binden. Man schreibt in der polnischen Presse und in polnischen Blättern fortwährend von der angeblichen Hungernot in Deutschland, die Millionen Deutschen zur Auswanderung anstreben werde, und stellt diesem Elend das erstaunlich im Nahrungsüberschuss schwimmende Polen gegenüber.

Wenn die Deutschen in den Abstimmungsgebieten nur annehmen über die Zustände der heutigen polnischen Republik unterrichtet wären, so würden die polnischen Zuschlagsverträge ohne jeden Erfolg bleiben. Denn wohl nirgends in der Welt, vielleicht mit Ausnahme von Russland, sind die wirtschaftlichen Verhältnisse so elend, die Zukunftsaussichten so traurig wie in den jetzt zu Polen gehörigen Gebieten. Das Bütter-Kommissariat in Krakau hat für Fleisch höchstpreise für Fleisch festgesetzt, die ein trauriges Bild der außerhalb Polens so sorgsam verschwundenen Ernährungsverhältnisse des Landes geben. Danach werden für Kalbfleisch 87,50 polnische Mark, für Rindfleisch 42, für Butter 87,50 Mark als Höchstpreise für das Kilogramm festgesetzt. Das sind antländische Höchstpreise, keine Schieberpreise! In diesen amtlichen Höchstpreisen ist aber in Polen heute nichts zu erhalten.

Die Ursache des Ernährungsseelends, unter welchen die gewöhnlich und als Beamten tätigen Deutschen des Landes besonders schwer leiden, ist der Tiefstand der polnischen Mark. Der Geldwert eines Landes steht im allgemeinen einen guten Gradmaß des wirtschaftlichen Standes und der Befriedigungsfähigkeit dar. Denn dieser Geldwert ist in erster Linie abhängig von dem Vertrauen, das man in der Welt auf die Tüchtigkeit und Zahlungsfähigkeit eines Volkes setzt. Da Polen als der Verbündete der Entente gekämpft hat, so hat man anfangs auf dem Weltmarkt, auf dem ja die Ententeländer heute mächtig sind, ein gewisses Vertrauen auf Polen gesetzt und es nach Kräften zu fördern gehucht. Aber Polen hat die Hoffnung der Welt so enttäuscht, daß heute der Tiefstand der polnischen Mark mit der der Krone und des Rubels wettstehen. Die deutsche Mark, das Geld des bestreiteten, angeblich zum Hungertode verurteilten deutschen Reiches, wird heute auf dem internationalen Weltmarkt, in Holland, in Amerika, in England und in allen anderen Ländern dreimal so hoch bewertet, als die Mark des ausdehnungsfähigen Polenreiches, des Verbündeten der Siegreichen Entente. Noch vor einem Jahr kostete eine englische Pfund 70 polnische Mark. Heute muß man nicht weniger als 800 polnische Mark dafür bezahlen. Während die deutsche Mark sich gerade in diesen Tagen in stürmischem Aufstieg befindet, und insbesondere auch die Ernährungsverhältnisse in Deutschland von Tag zu Tag besser werden, hat die polnische Mark in den letzten Wochen einen Tiefstand erreicht, der selbst in diesem vorwiegend landwirtschaftlichen Lande zur Hungernot und zur völligen Vereinselung führen muss. Denn Polen ist nicht einmal imstande, durch irgendwelche Ausfuhr die unentbehrlichen Einfuhrartikel im Ausland sich zu beschaffen. Daher der geringe Blick der polnischen Politiker nach den oberflächlichen Kohlen, mit denen man eine Ausstauschmöglichkeit auf dem Weltmarkt zu erlangen hofft. Aber selbst der Gewinn dieses reichen Kohlengebietes, an dem bei der ungünstigsten Gleichung der Bevölkerung gar nicht zu denken ist, würde das innerlich zerstörte von außen durch die in der Übermacht befindlichen Bolschewistenheere bedrohte, finanziell bankrotte Polen nicht zu retten vermögen. Deutschland hat heute auch insofern auf die Ernährung die höchste Not überwunden und wird nach der neuen Ernte sich schnell und gründlich erholt. Die polnische Wirtschaft aber wird im Verein mit den äußeren Kämpfen gegen die Bolschewisten das existenzunfähige Land zur schlimmsten Hungersnot führen. Dem kommenden Elend gegenüber wird selbst die Hölle der Entente versagen.

Polen und Tschechen.

Wie aus Warschau durch den "Matin" gemeldet wird, hat der polnische Landtag beschlossen, die diplomatischen Beziehungen mit der Tschecho-Slowakei abzubrechen und eine Volksabstimmung zu verlangen, die über die Vereinigung von Tschechien mit Polen oder der Tschecho-Slowakei entscheiden soll.

Die Konferenz von Spa.

Noch einer regen Korrespondenz mit Lloyd George und Millerand hat Ritter jetzt zugesagt, daß die Konferenz in Spa am 21. Juni zusammengetreten soll. Man glaubt, daß die Konferenz etwa eine Woche dauern wird.

Frankreich der Gläubiger Ruhrlands.

Die französische Regierung legt es darauf an, daß Frankreich mit England bei den Verhandlungen zwischen Ruhrland und der englischen Regierung einer neuen Beleidigungssprache zu unterwerfen. Die Pariser Zeitungen melden, einen formellen Protest dagegen eingeleitet, daß die Bolschewiki die schwedischen Barenlieferungen in Gold bezahlen. Nach Ansicht der französischen Regierung sollte dieses Gold für die rechtmäßigen Gläubiger Ruhrlands reserviert werden. Dieser Protest richtet sich natürlich auch grundsätzlich gegen etwaige ähnliche Abmachungen Englands mit den Bolschewiki.

Englischen Blättern zufolge protestierte die diplomatische Vertretung der Ukraine in London bei der englischen Regierung dagegen, daß das im Besitz der Sowjetregierung befindliche ukrainische Gold bei der Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit Ruhrland als Zahlungsmittel benutzt werde.

Nach einer "Matin"-Meldung aus London soll Krasslin bereits die Erlaubnis erhalten haben, in London eine Art Filiale der russischen Genossenschaften zu errichten. Krasslin habe bereits in einer großen Londoner Bank ein Depot von über 1000000000 Rup. hinterlegt.

Putschgefahr und Reichswehr.

Unterredung mit dem Reichswehrminister.

In Berlin, 3. Juni.
Reichswehrminister Göring führte in einer Unterredung mit dem Hauptkriegsleiter des Berl. Tagebl. u. a. folgendes aus: Der Gedanke, einen Putsch — mag er von rechts oder links kommen — zu lassen, wird von den Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften der Reichswehr abgelehnt. Ich komme jedoch aus Sachsen zurück. Die Truppen machen dort einen sehr guten Eindruck. Das Militärraum, das aus den Tagen des Kapp-Putches her noch an manchen Stellen zwischen Truppen und Bevölkerung besteht, wird, so hoffe ich, allmählich verschwinden. In Mecklenburg, Pommern, Ostpreußen ist die Lage ganz so, daß die Rechte einen Einspruch und die Linken einen Rechtspruch befürworten. In dieser gewannten Lage kommt es allein darauf an, die Ruhe zu bewahren und zu verhindern, daß an irgendeiner Stelle der Funke in das Pulverbau geworfen wird. Sollte es zu Unruhen kommen, so ist es Sache der Polizei und der Sicherheitspolizei, der Länder, ihrer Herr zu werden. Reichen deren Kräfte nicht aus, so werden die Realisierungen der Länder die Reichswehr zu Hilfe rufen. Bei aller Vorsicht, mit der ich entschlossen bin, den von der Regierung unterzeichneten Friedensvertrag zu erfüllen, kann ich darüber doch keinen Zweifel begreifen, daß gerade die Durchführung einer weiteren Heeresverminderung auf die allergrößten Schwierigkeiten stößt. Wie die Geschichte der Auflösung der Freikräfte Eberhardt und auch der Freikorps beweist, steht die Auflösung dieser schon verhältnismäßig schwachen Verbände auf keinerlei unüberwindlichen Schwierigkeiten. Diese Fragen werden in Spa höchstens mit großer Sachlichkeit behandelt werden können. Zum Fall Voß wurde erklärt der Minister, daß die Offiziere der Reichswehr mit ihm eines Sinnes darüber seien, daß die Tötung dieses Mannes nur auf Schärfe zu verurteilen ist.

Die Sicherheitspolizei in Preußen.

In einer Sitzung der Führer der Sicherheitspolizei Preußen im Ministerium des Innern in Berlin hat der Geheimrat von Wiesdorff, der Chef der Sicherheitspolizei in Preußen, im Namen aller Führer des Minister Seering eine Erklärung abgegeben, in der es heißt:

Die Sicherheitspolizei steht fest hinter der vom Volke eingesetzten verfassungsmäßigen Regierung. Jeden Putsch wird die Sicherheitspolizei rücksichtlos unterdrücken. Die Sicherheitspolizei ist sich ihrer großen Aufgabe bewußt und wird in den kommenden Wochen beweisen, daß sie des Vertrauens der Regierung würdig ist.

Schwere Ausschreitungen.

Wie dem "Vorwärts" aus Oldenburg gemeldet wird, ließen sich Chargen des Freikorps Schmids schwere Ausschreitungen anschulden kommen. Sie verhanteten Bünderverträge, die sie auf dem Weg zum Wachtlokal missbrauchten. Ein Civilist wurde erschossen. Die sozialdemokratische Parteiorganisation hat an den Reichswehrminister Dr. Göring ein Protesttelegramm gerichtet und Schmid verklagt.

Gesprengte Versammlungen.

In Darmstadt, 3. Juni.

Nachdem bereits am Sonntag eine öffentliche Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei durch Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie vereitelt worden war, erließ gestern abend das gleiche Schicksal eine von der Deutschen Volkspartei einberufene Versammlung in der großen Turnhalle, bei der ausdrücklich nur Mitglieder der bürgerlichen Parteien eingeladen waren. Anhänger der Unabhängigen hatten die Tribüne des Saales besetzt, und kaum hatte der erste Redner der Volkspartei geendet, sprangen sie mit einem Sprengkörper große Wasserfontänen in den Saal und waren Stück für Stück herunter. Das Publikum, in dem Damen und Herren verlegt und vor allem völlig durchnässt wurden, flüchtete schreiend ins Freie, wo sich die erregte Menge noch standhaft in bestigem Vorwuchs aufhielt.

England und Berlin.

Zum englischen Unterhaus erklärte Harmsworth, daß zwischen England und Berlin bezügl. des Einfallen der Bolschewisten volle Übereinstimmung bestehe; die persönlichen und britischen Interessen werden gleichmäßig garantiiert werden. — Wie die Pariser Blätter melden, hat sich der persönliche Minister des Auswärtigen Prinz Fürst, der sich augenblicklich in London aufhält, wegen der Besetzung Russlands durch die russische Rote Armee um Schutz an den Völkerbund gewandt.

Die Uneinigkeit zwischen den Alliierten.

"Action Francaise" schreibt: Der Hauptgrund der Uneinigkeit zwischen den Alliierten sei der Umstand, daß sie über die Wichtigkeit der zu erledigenden Fragen nicht einig werden können. Frankreich z. B. halte die Wiederaufrichtung der zerstörten Provinzen seines Landes für das an erster Stelle stehende Problem, während Lloyd George der Ansicht ist, daß in erster Linie für die Wiederaufrichtung des geliebten europäischen Reiches, von dem die nordischen Provinzen Frankreichs nur einen sehr geringen Teil ausmachen, Sorge getragen werden muß.

Richtamtlicher Bericht über die öffentliche Gemeinderatsitzung in Gröba

(Centralstelle) am 31. Mai 1920.

Anwesende: Herr Gemeindevorstand Hans als Vorsteher, Herrn Gemeindeältester Günther und Schmidt, sowie 13 Gemeinderatsmitglieder. Entschuldigt fehlten 7. Vertreter. Der Sitzung wohnte noch Herr Ortsbaumeister Langer bei. Der Büchsenraum war nur schwach besetzt.

1. (Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Hans.) Die Gemeinde Großröhrsdorf erlitt um Gesetzung eines Gemeindebedarfs von 400000 Mark aus Mitteln der direkten Sparten bei 4½ Proz. Verzinsung. Da die Sparten augenscheinlich rund 700000 Mark Gelder stiftig hat und abstoßen kann, empfiehlt der Spartenraumabschluß, dem Gelüche stattzugeben, und hat mit Großröhrsdorf abgeschlossene Verhandlungen abgeschlossen. Die Rundungszeit des Kapitales wird auf 1 Jahr festgelegt. Das Kollegium erklärt seine Zustimmung.

Die polnische Armee in der Auflösung.

In Tiliti sind, wie die Berliner "Post" meldet, einzelne geflohene polnische Offiziere eingetroffen, die Nachrichten über die verheerende Lage der polnischen Armee mitgebracht haben. Danach ist das polnische Heer in voller Auflösung begriffen und zieht sich in regellose Flucht zurück. Die polnischen Truppen sollen auf den Fersen. Die französischen Insultationsoffiziere sind machtlos und die Hilfeskreise nach französischen Truppen würden, selbst wenn sie Erfahrung hätten, wirkungslos bleiben, weil dann die Katastrophe längst nicht mehr aufzuhalten ist. Als sicher aber muß gelten, daß hier niemand an einen ernsthaften Widerstand der politischen Truppen glaubt. Die meisten, und zwar Angehörige aller Parteien, sind der Überzeugung, daß in nicht allzuferner Zeit die Bolschewiken an der oberschlesischen Grenze stehen werden. Der Entscheidung in Wermelskirch hat sich deshalb eine gewisse Kervorität bemächtigt. — Die Meldung ist mit Vorsicht aufzunehmen.

Bewaffnete polnische Banden.

Aus Oberösterreich wird das Auftauchen bewaffneter polnischer Banden gemeldet, so im Gebiete von Beuthen, Königshütte, Nowotrawa. Die Bewaffnung der Polen geschieht unter den Augen der französischen Verhandlungskommission.

Copenhagen als deutscher Exporthafen.

In Copenhagen beginnen demnächst Verhandlungen über die Gründung einer deutsch-ostandinischen Geschäftszentrale. Deutschland will durch nordische Hafen Elmenhorst und Baumwolle laufen und den Hafen von Copenhagen zur Zentrale des deutschen Exports machen.

Die Judenräbenernte bedroht?

Durch den in der Magdeburger Börde ausgebrochenen Streik der Landarbeiter erscheint besonders die Judenräbenernte bedroht. Gelingt es nicht, den Streik schleunigst seinem Ende zu zu führen, so wird eine Reihe von Fabrikarbeiten in der Magdeburger Börde die für den Herbst geplante Aufnahme der Zuckererzeugung nicht aufnehmen können.

Generalstreik in der 1. schleswigischen Zone.

In der Versammlung der Vertreter sämtlicher Gewerkschaften in der 1. Zone Schleswig wurde vorgesehen abend beschlossen, Donnerstag in den Generalstreik einzutreten, da die Arbeitgeber sich weigern, den geforderten Stundenlohn von 2 Kronen zu geben, der für gelernte und ungelehrte Arbeiter gleichmäßig verlangt wird.

Arabischer Handstreich in Tripolis.

Paul "Pavolo Romano" hat Samadon el Schetzi, der von den Italienern eingesetzte Kalmatam von Bifurata, die italienische Besetzung in Gaza (Tripolis), im ganzen 150 Mann, 1 Oberst, 1 Oberstleutnant, 1 Major und 14 Offiziere, gefangen genommen.

Übergang der luxemburgischen Eisenbahnen an Frankreich und Belgien.

Die "Birch. Zeitung" erzählt aus Luxemburg, daß die vom Staatsminister in der Kammer angetätigten Abschlusshandlungen in Brüssel begonnen haben. Es ist zwischen den französischen und belgischen Vertretern eine Einigung erzielt worden dahingehend, daß die Eisenbahnen des Südens des Großherzogtums Luxemburg an Frankreich, die des Nordens an Belgien kommen werden. Die luxemburgischen Vertreter sind zu einer weiteren Beprüfung nach Brüssel abgereist. Die Verhandlungen über den Staatsvertrag Luxemburgs an Belgien werden folglich nach Beschriftung des Eisenbahnvertrags eingeleitet werden.

2. (Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Hans.) Der Bauausschuss hat beschlossen, die Kirchenrenovierung an der Allerstraße auf dieses Jahr wieder in eigene Regie der Gemeinde zu nehmen und die Kosten der Einwohnerchaft in mehreren kleinen Verkaufsstellen zugänglich zu machen. Der Verkaufspreis ist noch festzulegen. Die Rüstung und Erneuerung ist wieder Herrn Bräuer übertragen worden. Dagegen ist die Kirchenrenovierung an der Olshauer Straße im Weidart Grund und auf dem Gudlig an Herrn Kauel in Niesa zum Preis von 1000 Mark, und die des Rittergutsbezirks Werderort an Herrn Holmann in Magdeburg für 2000 Mark verpachtet worden unter der Bedingung, daß ein bestimmter Teil der Kirchen der Gemeinde zum Verkauf überlassen wird. Herr Horn empfiehlt, daß die Dezentralisierung die Preisbildung der Kirchen beobachten möge. Bei einem geschätzten Ertrag von etwa 15-20 Rentenbüro im Pachtbereich Raud würden die Erneuerungskosten pro Pfund sich auf etwa 40 Pf. stellen, wozu noch die Bilderdörhne zu rechnen seien, die sich nach Angabe des Vorstandes auf 50-60 Mark pro Rentner stellen. Herr Gemeindeältester Günther ist der Meinung, daß der Kirchenbezirk sich dieses Jahr voraussichtlich in mäßigeren Grenzen halten wird, weil die reiche Menge preisdrückend wirken werde. Der Kirchenpächter verhandelt habe den Preis mit 1,20 Mark für 1 Pfund vorgezeichnet. Der Staat hätte es in der Hand gehabt, bei der Verpachtung der Kirchen an den Staatsstrassen preisbestimmt mitzuwirken. Das Kollegium stimmt hierauf den Pachtverträgen zu.

3. (Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Hans.) Die Einziehung der Wahlbezirke für die bevorstehende Reichstagswahl erfolgt in gleicher Weise wie bei der Wahl zur Nationalversammlung. Die Wähler der Grundstücke 2, 4 und 6 der alten Baugruppe in der Olshauer Straße wählen im Gathaus Gröba und die übrigen Grundstücke, sowie die Wähler der Schiller- und Goethestraße im Gathaus zum "Achter". Von der Ausgabe besonderer Wahlzettelweise hat der Verwaltungsausschuss der hohen Kosten wegen Abstand genommen. Jeder Wähler ist verpflichtet, einen eigenen Ausweis selbst mitzubringen. Der Gemeinderat erklärt sich einverstanden.

4. (Berichterstatter Herr Gemeindeältester Schmidt.) In der Einwohnerchaft sei Mode geführt worden, daß in der Gasverarbeitung seitens der Gemeinde nicht alles geschieht, was möglich ist, um den Wünschen Bedienung zu

tragen. Die Qualität des Gases lasse zu wünschen übrig und die Gasverkäufer in ihrer gegenwärtigen Gestaltung empfinde man als eine Härte. Hierzu wird ein Schreiben von Angestellten der Grohentausselellschaft bekannt gegeben, die Nachmittagsverkehr eine Stunde früher zu beenden, um die Möglichkeit zu geben, ein marines Wahl zu bereiten. Es wurde geantwortet, daß angeblich der äußerst mangelschafften Kohlenversorgung des Gaswerkes und des Umstandes, daß die Gasversorgung gegenwärtig bis zur Fertigstellung des Wälder-Aktienloks nur mit einem Künster-Ofen erfolgen müsse, eine andere Regelung der Gasversorgung bei allem guten Willen der Gemeindeverwaltung nicht möglich sei. Ein Drittel der gesamten Gasversorgung diene der Aufrechterhaltung der Betriebe dicker Industrie-Unternehmen. Zur Vermeidung von Betriebs- und Arbeitsbeschränkungen könne aus wirtschaftlichen Gründen eine verminderte Gaslieferung hier nicht eintreten. An Hand statistischen Materials weist der Berichterstatter nach, daß eine Mehrzehrung von Gas z. B. unmöglich sei und bittet die Öffentlichkeit, den Umständen Rechnung zu tragen. Herr Horn spricht den Wunsch aus, die Unregelmäßigkeiten im Eintritt der Sperrstunden nach Möglichkeit zu vermeiden und die Zeiten der Gasentnahme, auf die die Bewohner verbindlich rechnen können, nochmals bekannt zu geben. Das Kollegium schließt sich dem Vorschlag des Ausschusses an.

5. (Berichterstatter Herr Führer.) Der Gasauskunftsbericht bei der letzten Erhöhung des Gaspreises im März 1920, der Meinung gewesen, von einer weiteren Erhöhung in absehbarer Zeit Abstand nehmen zu können. Infolge des weiteren Ansteigen der Kohlenpreise und sonstigen Erhöhungsosten habe er sich jedoch gezwungen gesehen, eine neue Preisschätzung aufzustellen, die ergeben habe, daß durch den seit 1. März 1920 gültigen Preis von 1,20 Mark für 1 Kubikmeter die Kosten des Gaswerkes nicht mehr gedeckt werden, einen Zuschuß zum Gaswerk aber auf Kosten der Steuerzahler aus der Gemeindekasse könne der Ausschluß nicht auftheilen. Nach einer eingehenden Berechnung hat festgestellt werden müssen, daß sich eine Erhöhung des Preises für 1 Kubikmeter um 50 Pf. auf 1,70 Mark vom 1. Juni ab erforderlich macht. Herr Gemeindeschreiber Schmidt weist darauf hin, daß eine Preiserhöhung infolge der hohen Kohlenpreise unumgänglich gewesen sei, sie erscheine aber im Hinblick auf den Preisstand der Haushaltshilfe erträglich und stelle sich immer noch niedriger als diese, dabei sei die Ausnützung der Kohle im Gaswerk weit rationeller als beim Haushalt. Herr Apelt betont, daß die neue Erhöhung des Gaspreises in der Öffentlichkeit gewiß keine Freude hervorrufen werde, aber die Verhältnisse liegen eine andere Möglichkeit nicht zu. Gemeinderat und Pressevertreter möchten anfliegend warnen. Der Gemeinderat tritt dem Beschuß des Gasauskusses bei.

6. (Berichterstatter Herr Ortsbaumeister Langer.) Die zum Gutsbezirk des Rittergutes Miersdorf gehörigen Straßen sind auf Kosten des Rittergutes aufzubauen. Der Ausschluß hat beschlossen, zunächst die Strecke vom Gasthof Miersdorf bis zur Eisenbahnbrücke beschaffen zu lassen. Die Kosten hierfür betragen 8850 M. Die übrigen Wege sollen vorläufig notdürftig gebessert werden. Der Gemeinderat erteilt Zustimmung.

7. (Berichterstatter Herr Ortsbaumeister Langer.) Nach

einem bereits früher getroffenen Beschuß soll die Uhlemannstraße bis zur Spinnereistraße als Pottlandstraße ausgebaut werden. Nachdem die Baufolenzulassung von Reich und Staat in Höhe von 35.818,25 M. bewilligt worden sind, soll mit dem Bau begonnen werden. Die auf die Gemeindekasse entfallenden Baukosten betragen noch 27.454,84 M., die später von den Grundstückseigentümern wieder eingezogen werden sollen. Der Gemeinderat hat Bedenken hiergegen nicht geltend zu machen.

8. (Berichterstatter Herr Horn.) Der Verwaltungsausschluß hatte sich mit einem Gesuch der Gemeindebeamten beschäftigt, um Gewährung von je 1 Woche Urlauburlaub, in gleicher Weise, wie dies den Staatsbeamten durch ministerielle Verordnung ausgebillat worden sei. Der Ausschluß erst am 29. April die Grundlage für die Urlaubsregelung der Gemeindebeamten aufgestellt, wonach erhalten: Lehrlinge 1 Woche, Angestellte 2 Wochen, Beamte 8 Wochen und Beamte in leitender Stellung (Gemeindewerkstätten, Gemeindebehörden, Rentamt) 4 Wochen. In Ausnahmefällen und bei Vorlegung einer ärztlichen Bescheinigung kann der Urlaub von Fall zu Fall verlängert werden. Der Ausschluß habe sich nicht können auf den Standpunkt stellen, daß alle Bestimmungen für die Staats- und Reichsbeamten analog auch für die Gemeindebeamten maßgebend sein müssten. Dabei steht noch nicht fest, wieviel Urlaub den Staats- und Reichsbeamten überwunden gewährt werde. Der Ausschluß empfiehlt deshalb, das Antreten abzulehnen. Das Kollegium beschließt im Sinne des Ausschlusses.

9. (Witterungs- und Anfragen.) Der I. Nachtrag zur Gemeindesteuer-Verordnung, bezirkt die Steuerfreiheit der Militärrenten und Einkommen bis 1200,- M. ist von der Amtshauptbehörde genehmigt worden. — Von Herrn Ortsbaumeister Langer werden die Verträge der an Gewerken der 2. Baugruppe an der Ostroute gewährten Abschlagszahlungen zur Kenntnis gebracht. — Von der Amtshauptmannschaft sind die ortsüblichen Tagelohnsätze wie nachstehend, erhöht worden:

männl. Versicherte über 21 Jahre von 4.- M. auf 6,00 M.
weibl. " 21 " 3,- " 4,50 "
männl. " von 16-21 " 3,25 " 4,80 "
weibl. " 16-21 " 2,- " 3,80 "
männl. " 14-16 " 2,- " 3,40 "
weibl. " 14-16 " 1,80 " 2,80 "
Mädchen unter 14 Jahren 1,00 " 1,60 "
Mädchen 14 " 0,90 " 1,60 "

Herr Gemeindeschreiber Schmidt betont, daß die Sache besonders zur Sicherung der Renten und der Erwerbslosenfürsorge dienen, und in der genannten Höhe in keiner Weise den heutigen Wirtschaftsverhältnissen Rechnung tragen. Nicht zu verstehen auch die Tatsache, daß die Sache für Gröba niedriger bemessen seien als für Niesa, obwohl beide Orte ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bildeten. Der Gemeinderat stimmt hierauf einem Vorschlag des Herrn Horn zu, in dieser Frage eine Vereinbarung mit dem Stadtrat zu Niesa, sowie den Ortskrankenkassen von Niesa und Gröba zu suchen und dahin zu wirken, daß die durchschnittlichen Tagelohnsätze den Verhältnissen angepaßt werden. — Frau Berger führt Beschwerde über die mangelhafte Fleischversorgung im Bezirk Großenhain gegenüber anderen Amtshauptmannschaften. Zu untersuchen sei auch, wie es komme, daß Corned beef in unserem Bezirk 18,- M. koste, während man im Bezirk Oschatz nur 8,20 M.

fordere; dies seien Zustände, die zu schärfstem Protest bestimmt werden. Zur Sache nehmen die Herren Gemeindeschreiber Schmidt, Bülow und Horn das Wort. Es müsse gefragt werden, daß die Landwirtschaft im Bezirk nicht allenfalls ihrer Pflicht genüge. Während Gröba und das Rittergut Miersdorf ihre Erzeugnisse mit 100 Prozent voll an den Kommunalverband abführen, werden von den übrigen Landgemeinden im Durchschnitt kaum 50 Prozent abgeliefert. Diese Machinationen müßten den Kommunalverband verlassen, die strengsten Maßnahmen zu ergreifen. Der Gemeinderat faßt dahinmalig Entscheidung, die Anregungen bezüglich der Lebensmittelverteilung und Preisbestimmung an die Amtshauptmannschaft und den Kommunalverband weiterzugeben. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Wahl-Eingesandt.

Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die voreingehende, nicht auch die ideale Verantwortung. — Der Beileger für Deutschnationalen an dieser Stelle beträgt lt. Taxis 2 Mark.

Was in Wahlversammlungen den Besuchern alles gesetzliche oder vielmehr nicht geboten wird, war in der partei festsatzen.

Der Redner, Herr Dr. Reichert aus Berlin, enttäuschte mit seinen Ausführungen gewaltig, denn sie waren vorangewiesen eine Debatte auf die tags zuvor stattgefundenen Wahlversammlung der U. S. P. D. Konnten die Bühne zum mindesten nicht erwarten, daß dieser an der Spitze der alten stehende Kandidat weitgehend programmatische Bekanntmachungen abgab, wie seine Partei die Dietung des Volkslandes aus der jetzigen Lage bewerkstelligen will, wenn er die fehlenden Wege für falsch hält? Oder soll die auch anfänglich nur durch Opposition, schöne Worte im Sturm nach dem starken Mann geschehen? Es bleibt der Partei vorbehalten, ihren ersten Kandidaten aus Berlin zu begleiten und die so wichtigen Interessen unserer ländlichen Herren anvertrauen zu wollen. Nach alledem wird kein enttäuschender Mensch, der unter ländlichen Interessen gewahrt werden will, dem Berliner Kandidaten der Deutschnationalen Volkspartei seine Stimme geben können.

Demokratische Partei in Riesa.

Wohin sind wir geraten?

Bürgerlich wählen!

Oeffentliche Wahlversammlung am Freitag, den 4. Juni 1920, abend 8 Uhr im Gasthause zu Heyda.

Vortrag des Gutsbesitzers Paul Hennig aus Glossen über:

Die Landwirtschaft und die Reichstagswahlen.

Alle Wähler und Wählerinnen aus den Ortschaften Heyda, Leutewitz, Kobeln, Bahren, Jahnishausen, Oelsig, Poppis, Mergendorf werden zu dieser Wählerversammlung eingeladen.

Deutsche Volkspartei.

Am Sonnabend, den 5. Juni 1920, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr spricht in

Oeffentlicher Wahlversammlung im Hotel „Stern“ Herr Dr. Hagemann-Dresden über:

„Die Reichstagswahlen und der neue Reichstag.“

Nach dem Vortrage freie Ansprache.

Zu zahlreichem Besuch lädt ein

Deutsche Volkspartei, Ortsverein Niesa.

Wehre Dich, Mittelstand!

Dem gewerblichen und kaufmännischen Mittelstande droht die größte Gefahr. Er soll vernichtet werden. Das wollen die für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit schwärmen Sozialdemokratie. Die Demokraten sind dabei die Hanblänger der Sozialdemokratie.

Dagegen müßt Ihr Euch wehren!

Handwerker, Kaufleute, Landwirte laßt Euch nicht durch schöne Worte bestören, die berufene Vertreterin Eurer Interessen ist und bleibt die

Deutschnationale Volkspartei.

In Sachsen stehen in allen Wahlkreisen an aussichtsreicher Stelle Männer Eures Berufes, die besten Wortführer Eurer Interessen. Darum hinein in die

Deutschnationale Volkspartei!

Wehre Dich, Mittelstand!

Rohfleischverkauf

Freitag früh von 8-10 Uhr auf rote Karte von Nr. 2201-2350.

C. Stein, Rohfleischer. Tel. 268.



Großer Posten feinster weicher Schmalz, Bid. 25 M.

Krieder, Koch, Hauptfett. 19.

Meiner Blaukatabat. Pfund 28 M., eingetrocknet.

Streubrot, Fr. u. Sc. 2, 2.

2 Sentinen altes Elbwiesenbrot verkauft Göhlis Nr. 34.

Gebr. Reißelbach zu kaufen gelöst. Oh. umt. 9 0 620 am das Lobl. Niesa.

2 Paar weiße hohe Schuhe für Kinder von 5-7 Jahren zu verl. Standfestfett. 1, 2, 2.

Neue weiche Seinenkniefleischen Gr. 28, vertl., weiß p. Klein, Hauptstraße 28, 3. L.

1 neuer Wollack zu verkaufen evtl. gegen Wollack. 185x62, zu vertauschen. Daf. sind auch 1 P. Herrenschürze, braun, Gr. 41, zu verkaufen. So erfr. im Tageblatt Niesa.

Hühneraugen?

Central-Drogerie

Oldenburger Wesermarsch-Zuchtbullen.

Ein großer Transport prima oldenburger Wesermarsch-Zuchtbullen ist eingetroffen (alles Herdbuchtiere), 7-10 Sentiner schwer, und stelle sie nach 10-tägiger Quarantäne von Donnerstag, den 10. Juni an bei mir sehr preiswert zum Verkauf. Anfangebescheinigungen sind vorzulegen.

Gröba-Niesa. Paul Richter. Gernpreis 179.

